

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>  
[https://x.com/AI\\_El\\_Salvador](https://x.com/AI_El_Salvador)  
<https://www.youtube.com/@amnestyelsalvador>  
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>  
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank  
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



14. April 2025

## ERZWUNGENES VERSCHWINDENLASSEN IN DIE VORHÖLLE: DER MENSCHLICHE PREIS DER REPRESSIVEN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN USA UND EL SALVADOR

Öffentliche Erklärung, AI-Index AMR 01/9259/2025

Die jüngste Ausweisung venezolanischer Staatsangehöriger aus den Vereinigten Staaten (USA) in ein salvadorianisches Mega-Gefängnis, bekannt als „Centro de Confinamiento del Terrorismo“ (CECOT – Zentrum zur Haftunterbringung des Terrorismus), ist Beweis für eine beunruhigende Allianz zwischen den beiden Regierungen. Amnesty International warnt vor der Konsolidierung einer Politik des willkürlichen Freiheitsentzugs als gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Kriminalität, zum Nachteil von ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren und Menschenrechten. Amnesty International prangert die repressive Zusammenarbeit zwischen den Behörden El Salvadors und der USA an und fordert dazu auf, die Normalisierung der institutionellen Gewalt als Sicherheitsmodell zu beenden.

### EL SALVADOR UNTER DAUERHAFTEM AUSNAHMEZUSTAND

Amnesty International ist besorgt über das Fortbestehen einer staatlichen Politik in El Salvador, die den willkürlichen und massenhaften Freiheitsentzug zahlreicher Personen institutionalisiert hat. Dies hat die salvadorianische Justiz in ein Instrument der Kollektivbestrafung verwandelt, das mit den Grundprinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte unvereinbar ist.

Seit dem 27. März 2022, der Ausrufung des Ausnahmezustands, wurden mehr als 85.000<sup>1</sup> Personen in El Salvador ohne hinreichende Beweise inhaftiert, häufig auf der Grundlage diskriminierender Profilbildung und anonymer Anzeigen, um unbewiesene Verbindungen zu kriminellen Strukturen zu fabrizieren.

Seit drei Jahren haben die salvadorianischen Behörden bewusst ein System gefestigt, das den Zugang zu ordnungsgemäßen Verfahren verweigert, die Unschuldsvermutung ausschaltet und

<sup>1</sup> SWI. Congreso de El Salvador aprueba la prórroga 37 del régimen de excepción contra pandillas. 02. April 2025. Verfügbar unter <https://www.swissinfo.ch/spa/congreso-de-el-salvador-aprueba-la-pr%C3%B3rroga-37-del-r%C3%A9gimen-de-excepci%C3%B3n-contra-pandillas/89100432>

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



den unbefristeten Freiheitsentzug von Zehntausenden Menschen ermöglicht, ohne dass diese eines Verbrechens für schuldig befunden wurden.<sup>2</sup>

Nach dieser Logik hat das Parlament, in dem die Regierungspartei mit einer extrem hohen Mehrheit vertreten ist, mindestens dreißig Gesetzesdekrete verabschiedet, die den normativen und institutionellen Rahmen des Justizsystems verändert haben, in dem die Menschenrechte verletzt werden und grundlegende Garantien für ordnungsgemäße Verfahren abgeschafft wurden<sup>3</sup>. Die dauerhafte Gültigkeit dieses neuen Rechtsrahmens erlaubt die Aussetzung einer Reihe von Rechten und Rechtsgarantien, die gemäß den internationalen Instrumenten unter keinen Umständen eingeschränkt werden dürfen, und verleiht ihm den Anschein der Legalität. Zu den wichtigsten Änderungen, die eingeführt wurden, gehören Änderungen der Regelungen, Anforderungen und Bedingungen für die Untersuchungshaft, einschließlich der Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von Erwachsenen und Jugendlichen, bis hin zur Durchführung von Prozessen unter Verschleierung der Identität der Richter, was jegliche Garantie für die Ausübung eines fairen Verfahrens verhindert.

Die genannten Reformen beeinträchtigen auch die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, der Verhältnismäßigkeit der Strafe und der Öffentlichkeit eines Verfahrens und gefährden grundlegende Garantien wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz. Dies erleichtert es den salvadorianischen Behörden, außerhalb der internationalen Menschenrechtsvorschriften und -standards zu agieren. Amnesty International hat mehrere Dutzend Fälle von Menschen dokumentiert, die Opfer von Verstößen gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren wurden und denen weiterhin der Zugang zu einem fairen Prozess verwehrt wird.

*„Ich wurde plötzlich und gewaltsam von Polizeibeamten in meiner Wohnung verhaftet. Ich erinnere mich, dass mir zu diesem Zeitpunkt niemand den Grund für meine Festnahme erklärte... Von diesem Moment an konnte ich nicht mehr mit meiner Familie kommunizieren, die, wie ich später erfuhr, wochenlang versuchte, herauszufinden, wo ich war... Fast zwei Wochen später wurde ich zu einer virtuellen Anhörung gebracht, bei der über mich zusammen mit 300 anderen Personen verhandelt wurde. Zu keinem Zeitpunkt, weder vor noch während der Anhörung, konnte ich sprechen oder Zugang zu dem Pflichtverteidiger haben, den mir die 'Procu' [Generalstaatsanwaltschaft] zugewiesen hatte. In der Verhandlung hatte ich keine Gelegenheit zu sprechen, ich habe das Gesicht des Richters nie gesehen. Alles ging sehr schnell.“<sup>4</sup>*

Gleichzeitig verfolgt das Strafvollzugssystem eine Politik der langen Isolationshaft gegen Inhaftierte, die wochen- oder monatelang keinen Kontakt zu ihren Familien oder Zugang zu einem Anwalt ihrer Wahl haben.<sup>5</sup> Auf der anderen Seite der Gefängnismauern verfügen Tausende von Familien immer noch nicht über wirksame Mechanismen, um relevante und zuverlässige Informationen über die rechtliche Situation oder den Gesundheitszustand [der Inhaftierten; Anm.d.Ü.] zu erhalten. Diese Praxis erleichtert nicht nur Missbräuche, sondern

<sup>2</sup> Amnistía Internacional. El Salvador: La institucionalización de la violación de derechos humanos tras dos años del régimen de excepción. 27. März 2024. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/es/latest/news/2024/03/el-salvador-two-years-emergency-rule/>

(Deutsche Version: [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/EI-Salvador-Ausnahmestandard\\_final.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/EI-Salvador-Ausnahmestandard_final.pdf))

<sup>3</sup> Amnistía Internacional. El Salvador: Constitución «a la carta» podría profundizar la crisis de derechos humanos en los próximos años. 03. Mai 2024. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/es/latest/news/2024/05/el-salvadorconstitucion-carta-podria-profundizar-crisis-derechos-humanos-proximos-anos/>

(Deutsche Version: [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/EI-Salvador-24-05-03-Verfassung-final.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/EI-Salvador-24-05-03-Verfassung-final.pdf))

<sup>4</sup> Amnistía Internacional. Testimonio incluido en el informe “Detrás del velo de la popularidad: Represión y regresión en materia de derechos humanos en El Salvador”. Dezember 2023. Verfügbar unter:

<https://www.amnesty.org/es/documents/amr29/7423/2023/es/>

(Deutsche Version: [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/EI-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/EI-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf))

<sup>5</sup> La Prensa Gráfica. Familiares de capturados arbitrariamente en régimen piden poder visitarlos en centros penales. 23. Oktober 2024. Verfügbar unter: <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Familiares-decapturados-arbitrariamente-en-regimen-piden-poder-visitarlos-en-centros-penales-20241023-0054.html>



verletzt auch die Menschenwürde und Integrität der inhaftierten Personen und setzt sie einer Situation der Schutzlosigkeit und ihre Familien einer Situation voller Angst und Unsicherheit aus.<sup>6</sup>

Die Generaldirektion der Strafvollzugsanstalten verwaltet derzeit ein krisengeschütteltes Strafvollzugssystem, in dem in den letzten drei Jahren mehr als 300 Todesfälle in staatlicher Haft und Hunderte von Folter- und Misshandlungsfällen in verschiedenen Strafvollzugsanstalten gemeldet wurden. Journalistischen Recherchen zufolge sind fast 2% der erwachsenen Bevölkerung des Landes - mehr als 107 000 Menschen – in Haft, in Zuständen extremer Überbelegung, ohne regelmäßigen Zugang zu Trinkwasser, Nahrung oder medizinischer Versorgung, also unter Bedingungen, die gemäß internationalen Menschenrechtsstandards als grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung eingestuft werden.<sup>7</sup>

*„In der Zelle befanden sich mehr als 200 Frauen. Wir ähnelten Sardinen in Dosen und auf jeder Pritsche schliefen fünf Personen, alle zusammengepfercht, und die, die nicht hineinpassten, schliefen auf dem Boden, ohne Matratze, Rücken an Rücken, um den Platz optimal zu nutzen (...) Wir durften die Zelle den ganzen Tag nicht verlassen. Sie ließen uns zu keiner Zeit raus, nur auf die Toilette und zu den Mahlzeiten. Zum Waschen bekamen wir nur zwei Schalen Wasser und das Essen war schlecht, manchmal verdorben. Es gab keine Ärzte und keine Medizin, wenn jemand krank wurde.“<sup>8</sup>*

In diesem Kontext, in dem die Zahl der Übergriffe in die Tausende geht und es sich eindeutig nicht um Einzelfälle handelt, zeigt sich auch die Zersetzung anderer staatlicher Einrichtungen, die inzwischen in die Konsolidierung einer gezielten Politik der Demontage des Rechtsstaats und der Beseitigung institutioneller Gegengewichte unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung fest integriert wurden.

## **TRANSNATIONALISIERUNG DER REPRESSION: EINE FORM DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN USA UND EL SALVADOR**

In den letzten Wochen ist die schwere Menschenrechtskrise in El Salvador erneut in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit gerückt, nachdem venezolanische und salvadorianische Staatsangehörige auf irreguläre und undurchsichtige Weise von den USA in das salvadorianische Mega-Gefängnis CECOT (Centro de Confinamiento del Terrorismo) überstellt wurden. Es ist von entscheidender Bedeutung darauf hinzuweisen, dass diese Abschiebungen nicht im Rahmen von förmlichen Abschiebungs- oder Auslieferungsverfahren erfolgten, wie es das US-Recht vorsieht und mit denen eine Überstellung von Personen durch die USA an eine andere Gerichtsbarkeit ermöglicht werden würde.

Im Gegenteil, diese Praxis entspricht dem gleichen Modell, mit dem die salvadorianischen Behörden während des Ausnahmezustands Tausende von Menschenrechtsverletzungen begangen haben. So wurden die aus den Vereinigten Staaten überstellten Personen ohne

<sup>6</sup> Infodemia. Incomunicación entre familiares y detenidos en el régimen de excepción provoca traumas psicosociales. 09. Dezember 2024. Verfügbar unter: <https://infodemia.com/sv/incomunicacion-entre-familiares-y-detenidas-en-el-regimen-de-excepcion-provoca-traumas-psicosociales>

<sup>7</sup> La Prensa Gráfica. 3 de cada 100 hombres salvadoreños están en prisión, según nuevo censo. 04. November 2024. Verfügbar unter: <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/3-de-cada-100-hombres-salvadorenos-estan-en-prision-segun-nuevo-censo-20241104-0006.html>

<sup>8</sup> Amnistía Internacional. Zeugenaussage im Bericht "Detrás del velo de la popularidad: Represión y regresión en materia de derechos humanos en El Salvador". Dezember 2023. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/es/documents/amr29/7423/2023/es/>  
(Deutsche Version: [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/El-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-Bericht-deutsch-final.pdf))



ausreichende Beweise und auf der Grundlage diskriminierender Kriterien der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Struktur beschuldigt.<sup>9</sup>

Mehrere der Personen, von denen die überwiegende Mehrheit venezolanische Staatsangehörige sind, befanden sich sogar in gerichtlichen Asylverfahren und standen unter dem Schutz von internationalen Instrumenten wie der Anti-Folter-Konvention und anderen Verträgen, die das geltende Recht vorsieht. Trotzdem wurden sie inhaftiert, abgeschoben und vor Abschluss ihrer Gerichtsverfahren an das CECOT überstellt. Nach Angaben von Mitarbeiter\*innen der US-amerikanischen Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) waren „viele“ nicht vorbestraft und einige wurden lediglich aufgrund der Annahme abgeschoben, dass sie in Zukunft Straftaten begehen könnten.<sup>10</sup>

Amnesty International hat das unrechtmäßige und willkürliche Verfahren, in dem die Abschiebung einiger der 261 nach El Salvador abgeschobenen Personen stattfand, durch Interviews mit ihren Angehörigen dokumentiert. So erzählte die Schwester von Alejandro\*<sup>11</sup>, wie er gezwungen war, aus Venezuela zu fliehen, nachdem er sich an Protesten gegen die Regierung beteiligt hatte. Er reiste 2024 in die Vereinigten Staaten ein und beantragte Asyl<sup>12</sup>. Im Februar 2025 wurde er während eines regulären ICE-Termins inhaftiert. Alejandro war für eine Anhörung am 27. März vorgesehen, doch am 14. März teilten ihm die ICE-Beamten mit, dass er nach Venezuela abgeschoben werde. Er ist nicht vorbestraft. Er hat zwei Tattoos - eines mit dem Namen seiner Mutter und eines mit dem Namen seines Vaters und einer Krone.

*„Das letzte Mal, dass wir von ihm gehört haben, war am 14. März. Dann erkannten wir ihn in einem der Videos und stellten fest, dass er nach El Salvador geschickt worden war. Wir sind verzweifelt, wir wissen nicht, ob es ihm gut geht. Er hat einen kleinen Sohn, der nicht versteht, warum sein Vater ihn nicht mehr wie früher jedes Wochenende anruft“.<sup>13</sup>*

José Pablos Frau\* erzählte, dass sie 2023 gemeinsam in die Vereinigten Staaten einreisten und Asyl beantragten.<sup>14</sup> José Pablo wurde während eines regulären ICE-Termins im Februar 2025 festgenommen. Er ist weder vorbestraft noch hat er Tätowierungen. Ihm wurde vorgeworfen, dem Tren de Aragua (TdA) anzugehören, einer Organisation, die von der US-Regierung als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft wird. Kürzlich berief sich Präsident Trump auf den Alien Enemies Act, um den TdA zu einer Bedrohung zu erklären und die Ausweisung venezolanischer Bürger\*innen über 14 Jahren zu genehmigen, die angeblich

<sup>9</sup> Nach Angaben der American Civil Liberties Union (ACLU) verwendet die Trump-Administration Berichten zufolge ein Gesetz mit dem Titel „Alien Enemies Act: Alien Enemy Validation Guide“ (Ausländische Feinde Gesetz: Leitfaden zur Bewertung von ausländischen Feinden; Anm.d.Ü.), um mutmaßliche Mitglieder der kriminellen Gruppe Tren de Aragua (TdA) zu identifizieren. Das Gesetz enthält eine Reihe von Fragen, die mit verschiedenen Punkten bewertet werden, und Personen mit acht oder mehr Punkten werden als Mitglieder der TdA eingestuft.

DHS, Alien Enemies Act: Alien Enemy Validation Guide, verfügbar unter <https://cis.org/sites/default/files/2025-04/Alien-Enemy-Validation-Guide.pdf> (nur in Englisch); ABC News, „Documents appear to show how Trump admin identifies Venezuelan gang members: ACLU“, 31. März 2025, verfügbar unter <https://abcnews.go.com/Politics/documents-showtrump-admin-identifies-venezuelan-gang-members/story?id=120319762>. CBS News, „U.S. sent 238 Salvadorian mega-prison; documents indicate most have no apparent criminal records“, 06. April 2025, verfügbar unter <https://www.cbsnews.com/news/what-records-show-about-migrants-sent-tosalvadoran-prison-60-minutes-transcript/>.

<sup>10</sup> CBS News, „U.S. sent 238 Salvadorian mega-prison; documents indicate most have no apparent criminal records“, 06. April 2025, verfügbar unter <https://www.cbsnews.com/news/what-records-show-about-migrants-sent-tosalvadoran-prison-60-minutes-transcript/>.

<sup>11</sup> Die Verwendung des Sternchens (\*) weist darauf hin, dass der Name der Person geändert worden ist, um die Identität der Zeug\*innen zu schützen und ihre Sicherheit und Privatsphäre zu gewährleisten.

<sup>12</sup> Interview am 24. März 2025.

<sup>13</sup> Interview am 24. März 2025.

<sup>14</sup> Interview am 03. April 2025



mit der Gruppe in Verbindung stehen. José Pablos Frau zufolge hat die Regierung jedoch keine Beweise gegen ihn vorgelegt.

*"Mein Mann wartete auf eine Anhörung zu seiner Abschiebung, die für den 24. März angesetzt war. Plötzlich rief er mich am 14. März an, dass er schon nach Venezuela abgeschoben werde. Ich hatte mehrere Tage lang nichts von ihm gehört, bis ich ihn in einem der Videos über die nach El Salvador abgeschobenen Männer sah. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Er hat nichts mit dieser kriminellen Gruppe zu tun."<sup>15</sup>*

Besonders besorgniserregend ist für Amnesty International, dass in den Berichten der Familien - sowohl in den von der Organisation gesammelten als auch in den in den Medien veröffentlichten - hervorgehoben wird, dass es für die Betroffenen kein konkretes Verfahren zur Feststellung ihrer angeblichen Verbindung zum TdA gab, dass sie keine Möglichkeit hatten, diese Beschuldigung anzufechten, und dass sie am Tag ihrer Überstellung belogen wurden und ihnen gesagt wurde, dass sie „nach Venezuela abgeschoben“ werden würden.

Ein weiterer symbolträchtiger Fall ist der eines Salvadorianers, der aufgrund eines von den Behörden selbst als „Verwaltungsfehler“ bezeichneten Vorgangs ausgewiesen wurde.<sup>16</sup> Sein Fall wird derzeit von gerichtlichen Instanzen in den Vereinigten Staaten geprüft, was ein Beweis für die Willkür und Unregelmäßigkeit ist, mit der diese Überstellungen durchgeführt werden.

Mehrere Wochen nach ihrer Aufnahme im CECOT haben die salvadorianischen Behörden weder Informationen über den Aufenthaltsort, den Zustand oder den Rechtsstatus dieser Personen herausgegeben noch haben sie ihnen erlaubt, mit Familienangehörigen oder Anwälten zu kommunizieren. Auch die US-Regierung hat keine offiziellen Informationen über die Identität der nach El Salvador ausgewiesenen Personen übermittelt - die Namen der Personen wurden von einem Medienunternehmen veröffentlicht. Angesichts dieser Situation ist Amnesty International der Ansicht, dass sich diese Personen in einem Zustand des erzwungenen Verschwindenlassens befinden, der nach internationalem Recht als Verbrechen gilt. Verschiedene internationale Verträge fordern in dieser Situation den Schutz aller Personen, ohne jegliche Einschränkungen, wie festgelegt zum Beispiel in Artikel 2 des von El Salvador ratifizierten Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und in Artikel 16 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

## **EIN ABKOMMEN HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN, DAS GEGEN DIE MENSCHENRECHTE VERSTÖSST**

Am 15. März 2025 berief sich Präsident Trump auf den Alien Enemies Act (Gesetz gegen ausländische Feinde), 50 USC 21, und erklärte, dass die kriminelle Gruppe Tren de Aragua (TdA) „eine räuberische Invasion oder einen Überfall auf das Territorium der Vereinigten Staaten verübt, versucht und androht“ und verkündete, dass „venezolanische Staatsbürger ab 14 Jahren, die Mitglieder des TdA sind, sich in den Vereinigten Staaten aufhalten und nicht eingebürgert wurden oder ihren ständigen rechtmäßigen Wohnsitz in den Vereinigten Staaten haben, als fremde Feinde festgenommen, inhaftiert, gesichert und abgeschoben werden“.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Interview am 03. April 2025.

<sup>16</sup> The New York Times. En una cárcel salvadoreña por 'error administrativo'. 08. April 2025. Verfügbar unter:

<https://www.nytimes.com/es/2025/04/08/espanol/deportaciones-trump-estados-unidos-salvador-abrego-garcia.html>

<sup>17</sup> Presidential Proclamation, Invocation of the Alien Enemies Act Regarding the Invasion of the United States by Tren De Aragua, 15. März 2025, verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/invocation-of-the-alien-enemies-act-regarding-the-invasion-of-the-united-states-by-tren-de-aragua/>. Der Alien Enemies Act ist eine Befugnis, die dem Präsidenten nur in Zeiten eines tatsächlichen oder drohenden Krieges gegen ein anderes Land erteilt wird. Bislang wurde das Gesetz nur dreimal



In dieser Proklamation wird zwar nicht angegeben, auf welche Weise oder an welche Orte solche Abschiebungen durchgeführt werden, doch die Überstellungen aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador fanden im Rahmen dieser Proklamation statt. Diese führten zu einem bilateralen Abkommen zwischen den beiden Ländern, dessen Inhalt noch nicht öffentlich bekannt gegeben wurde. Nach Angaben der Trump-Administration hat sich Präsident Bukele freiwillig bereit erklärt, die Personen zu inhaftieren<sup>18</sup>; die Presse hat jedoch berichtet, dass die USA an El Salvador sechs Millionen Dollar zahlen würde, um die Personen ein Jahr lang zu inhaftieren<sup>19</sup>. Die fehlende Transparenz der Vereinbarung zwischen den beiden Ländern ist besonders beunruhigend in Anbetracht der Tatsache, dass der Außenminister nach dem innerstaatlichen Rechtsrahmen der USA verpflichtet ist, dem Kongress - insbesondere den zuständigen Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses - den Wortlaut jedes mit anderen Staaten geschlossenen internationalen Abkommens zu übermitteln, das für das Land verbindliche Verpflichtungen mit sich bringt. Die Undurchsichtigkeit dieses Abkommens untergräbt nicht nur die Rechenschaftspflicht, sondern zeigt durch die Durchführung der Ausweisungen auch seine grundlegende Unvereinbarkeit mit dem bestehenden nationalen und internationalen rechtlichen Rahmen.

Andererseits muss hervorgehoben werden, dass die salvadorianische Gesetzgebung bis heute keine Rechtsvorschrift enthält, die den Freiheitsentzug von Ausländer\*innen erlaubt, die von einem anderen Staat wegen angeblicher gewöhnlicher Straftaten beschuldigt werden, die nicht auf salvadorianischem Hoheitsgebiet oder gegen salvadorianische Staatsbürger\*innen begangen wurden. Dies ist eine Situation, die einen schweren Verstoß gegen die von beiden Ländern eingegangenen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen darstellt. Schließlich schreibt das US-Bundesrecht vor, dass jede internationale Sicherheitshilfe davon abhängig gemacht werden muss, dass die Empfängerregierung die Mindeststandards im Bereich der Menschenrechte einhält. Andernfalls könnte sie vom Außenministerium ausgesetzt werden.<sup>20</sup>

Seit ihrer Ankunft in El Salvador sind die Venezolaner dem dortigen Gefängnisssystem ausgesetzt, das durch die in dieser Erklärung beschriebenen grausamen und unmenschlichen Praktiken gekennzeichnet ist. Besonders schwerwiegend sind die Isolationshaft sowie die Unmöglichkeit, Rechtsmittel gegen ihren Freiheitsentzug einzulegen.

Der Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement), ein Eckpfeiler der internationalen Menschenrechtsnormen, verbietet es den Staaten, Personen in ein Land zurückzuschicken, auszuweisen oder zu überstellen, in dem für sie ein reales Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Inhaftierung, gewaltsames Verschwindenlassen oder Folter besteht. Da es sich bei dem Verbot der Folter und des Verschwindenlassens von Personen um absolute Verbote handelt, lässt der Grundsatz der Nichtzurückweisung keine Ausnahmen zu. In beiden Fällen können keine Ausnahmen geltend gemacht werden, auch nicht in Fällen von Krieg oder Kriegsgefahr, innerer politischer Instabilität oder einem anderen öffentlichen Notstand.<sup>21</sup> Auch die zwangsweise Abschiebung von Asylbewerber\*innen vor Abschluss des Asylverfahrens stellt eine Verletzung des Rechts auf Asyl dar. Durch die Überstellung von

---

in Anspruch genommen, und zwar immer während eines erklärten Krieges oder innerhalb weniger Tage nach dessen Ausrufung. Das letzte Mal wurde das Gesetz während des Zweiten Weltkriegs angewandt, um mehr als 120.000 japanische Amerikaner in Internierungslagern in den Vereinigten Staaten festzuhalten. ACLU, "Trump Invokes the Alien Enemies Act to Carry Out Mass Deportations, Explained", 26. März 2025, verfügbar unter <https://www.aclu.org/news/immigrants-rights/anti-immigrant-extrajurisdictional-wants-to-use-this-226-year-old-law-to-implement-a-mass-deportation-program>.

<sup>18</sup> Fox News, "Trump thanks El Salvador for taking in alleged gang members", 16. März 2025. Verfügbar unter

<https://www.foxnews.com/politics/trump-thanks-el-salvador-taking-alleged-gang-members-deported-from-us-we-not-forget>

<sup>19</sup> New York Post, "US paying El Salvador \$6M to jail hundreds of Venezuela gang suspects: 'Pennies on the dollar'", 17. März 2025, verfügbar unter <https://nypost.com/2025/03/17/us-news/us-paying-el-salvador-6m-to-jail-venezuela-gang-suspects-pennies-on-the-dollar/>.

<sup>20</sup> US Code, 22 U.S. Code § 2304(a)(2) – Human rights and security assistance.

<sup>21</sup> Artikel 2(2) der UN-Antifolter-Konvention; Artikel 1(2) des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen



Menschen nach El Salvador unter diesen Umständen haben die USA sie in große Gefahr gebracht und sind ihren internationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Gleichzeitig müssen die salvadorianischen Behörden für eine Politik zur Rechenschaft gezogen werden, die die Rechte von Migrant\*innen und Asylbewerber\*innen verletzt. Nach dem gleichen Prinzip müssen Venezolaner\*innen vor einer möglichen Zwangsabschiebung nach Venezuela geschützt werden, wo Amnesty International massive Menschenrechtsverletzungen und mögliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfassend dokumentiert hat.

## **SOFORTIGE MASSNAHMEN**

In Anbetracht der obigen Ausführungen fordert Amnesty International:

### **Von der Regierung von El Salvador:**

1. Heben Sie den Ausnahmezustand unverzüglich auf und stellen Sie die Garantien für ordnungsgemäße Verfahren im Land wieder her.
2. Reformieren Sie unverzüglich den seit März 2022 verabschiedeten Rechtsrahmen, der ordnungsgemäße Verfahren außer Kraft gesetzt hat und Massenprozesse, die unbefristete Anwendung von Untersuchungshaft, die Abschaffung von Schutzmaßnahmen für inhaftierte Minderjährige sowie andere in dieser öffentlichen Erklärung genannte Aspekte ermöglicht.
3. Gewähren Sie allen Inhaftierten zügig und regelmäßig Zugang zu Anwält\*innen, Familienangehörigen und unabhängigen Überprüfungen und schaffen Sie das System der Isolationshaft in den Haftanstalten des Landes ab.
4. Veröffentlichen Sie Informationen über den Aufenthaltsort, die rechtliche und gesundheitliche Situation der in El Salvador inhaftierten Venezolaner und ermöglichen Sie internationalen Beobachter\*innen den Zugang zu den Haftanstalten.
5. Untersuchen Sie unabhängig und effektiv alle Todesfälle in staatlichem Gewahrsam sowie Vorwürfe von Folter und gewaltsamem Verschwindenlassen, die im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand aufgetreten sind, und, falls es zulässige und ausreichende Beweise gibt, stellen Sie die Personen vor Gericht, die der Verantwortung für solche Handlungen verdächtigt werden.

### **An die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:**

1. Setzen Sie sofort alle Abschiebungen von venezolanischen oder anderen Flüchtlingen oder Migrant\*innen nach El Salvador im Rahmen des bilateralen Abkommens aus, in strikter Einhaltung des internationalen Grundsatzes der Nichtzurückweisung und Gewährleistung des Zugangs zu allen Asyl- und Migrationsverfahren in den USA.
2. Gewährleisten Sie die sichere und sofortige Rückkehr aller Personen in die USA, die im Rahmen des bilateralen Abkommens mit El Salvador nach El Salvador abgeschoben wurden, und stellen Sie die Fortsetzung ihrer Migrationsverfahren mit ordnungsgemäßem Zugang zu Verfahrensgarantien sicher.
3. Stellen Sie sicher, dass die Personen nicht an Orte zurückgeschickt werden, an denen ihr Leben oder ihre Sicherheit gefährdet ist, wozu auch die Garantie gehört, dass sie vor einer Abschiebung aus den Vereinigten Staaten Zugang zu einer individuellen Überprüfung ihrer Fälle gemäß einem ordnungsgemäßen Verfahren in den USA haben, einschließlich des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf.
4. Beenden Sie das mit der salvadorianischen Regierung unterzeichnete Abkommen und unterlassen Sie den Abschluss ähnlicher Abkommen mit anderen Ländern, die die Rückkehr von Personen an Orte ermöglichen oder erleichtern, an denen ihr Leben oder ihre Sicherheit gefährdet sind.



5. Halten Sie die Bundesgesetze ein und lassen Sie sowohl der Öffentlichkeit als auch den zuständigen Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses jede Information über die mit El Salvador unterzeichneten Abkommen zukommen.
6. Stoppen Sie die Kampagne der Massenabschiebungen und Inhaftierungen und schützen Sie die Menschenrechte von Migrant\*innen und Flüchtlingen in den Vereinigten Staaten.

## **An die regionalen und weltweiten Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte**

### **1. An die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR):**

- Fordern Sie von den salvadorianischen Behörden Informationen über den Verbleib und die rechtliche Situation der aus den USA überstellten Personen an.
- Geben Sie eine dringende öffentliche Erklärung zu den menschenrechtsverletzenden Praktiken ab, die im Zusammenhang mit den von den USA durchgeführten Abschiebungen nach El Salvador begangen werden.
- Beantragen Sie einen Besuch vor Ort in El Salvador, um die Lage der inhaftierten Personen und die Haftbedingungen in dem Land zu überprüfen. Dieser Besuch sollte eine eingehende Untersuchung und eine spezifische Dokumentation der langen Isolationshaft, der Vorwürfe von Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie des möglichen gewaltsamen Verschwindenlassens von Personen beinhalten.

### **2. An die UN-Sonderverfahren:**

- Geben Sie dringend eine gemeinsame Erklärung an die Regierungen von El Salvador und den USA heraus, und zwar über die Sonderberichterstatter für Folter, willkürliche Inhaftierung, Verschwindenlassen, Menschenrechtsverteidiger und die Rechte von Migranten.

### **3. An das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR):**

- Geben Sie eine dringende öffentliche Erklärung ab.
- Ziehen Sie einen technischen Besuch in El Salvador in Betracht, um die Situation von Inhaftierten und die Haftbedingungen in El Salvador sowie die rechtlichen Garantien zu überprüfen.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original: **Américas: Desapariciones forzadas en el limbo: el costo humano de la cooperación represiva entre EE.UU. y El Salvador**, 14. April 2025

<https://www.amnesty.org/es/documents/amr01/9259/2025/es/>

